

Wachstum wohin?

Inhalt

1. Die Waldsatelliten der 60-er Jahre	1
2. Neue Wachstumsambitionen der 80-er Jahre.....	3
3. Überheiztes Wachstum im Klimawandel.....	5
4. Großräumig denken!.....	9
5. Konsequenzen.....	11

1. Die Waldsatelliten der 60-er Jahre

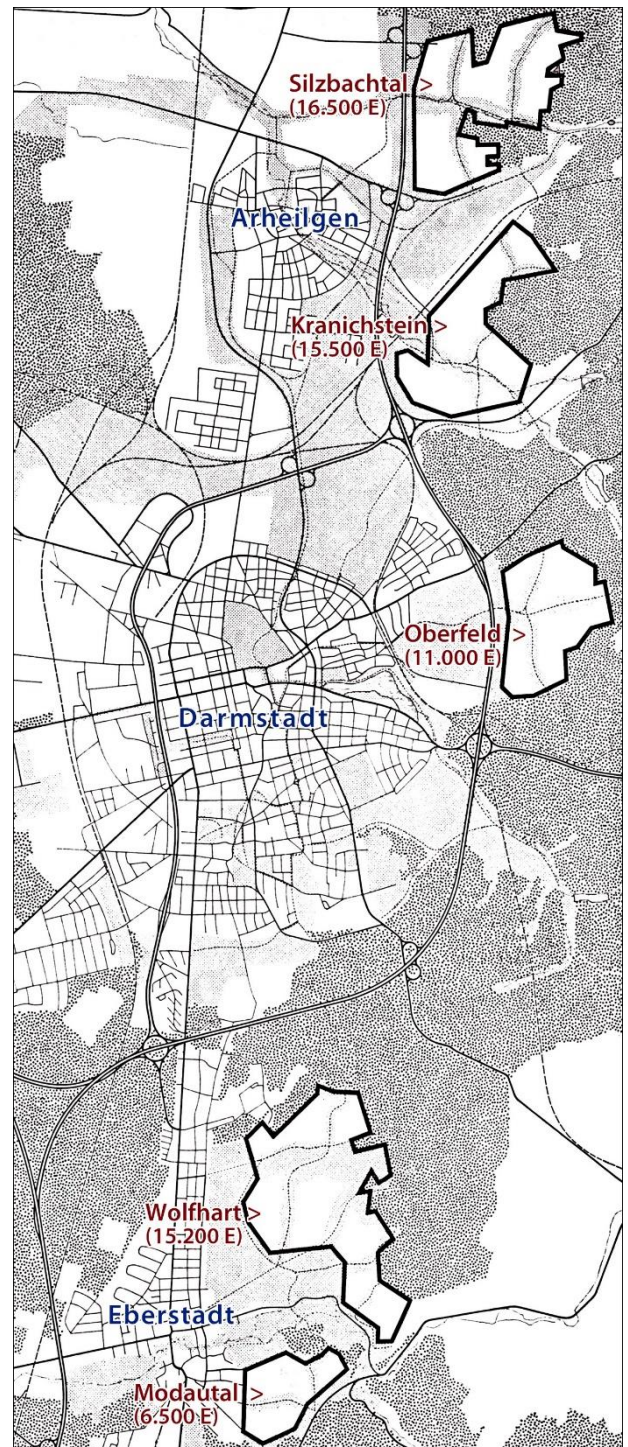
Das umfassendste Wachstumsprogramm für Darmstadt wurde in der Nachkriegszeit aufgelegt und wollte damals neue Siedlungsflächen bereitstellen, mit deren Bebauung die Stadtbevölkerung von gut 136.000 im Jahre 1961 auf 210.000 Einwohner anwachsen sollte.

Wer nun denkt, dies Programm sei (wie heute) von einem auf Gewerbeansiedlungen spekulierenden Wirtschaftsförderer entworfen worden, der geht gründlich in die Irre. Es ist vielmehr als das Werk eines berühmten *Grünplaners* überliefert, der auch für die Konzeption des Olympiaparks in München verantwortlich war: Professor Günther Grzimek, Bruder des Bildhauers Waldemar Grzimek, dessen „Berserker“ noch immer jeden Besucher des Darmstädter Marktplatzes begrüßt.

Grzimeks „Grünplanung Darmstadt“ von 1965¹ entwirft fünf „Waldsatelliten“, die sich in Buchten des Darmstädter Ostwaldes eingliedern und insgesamt knapp 65.000 Einwohner aufnehmen sollten. Auf der nebenstehenden Kartenskizze der Abb. 1 sind diese insularen Neubaugebiete mit fetten Linien abgegrenzt. Sie entsprechen in Ihrer Größe jeweils solchen Siedlungseinheiten wie dem damaligen Arheilgen oder dem innerstädtischen Martinsviertel. Natürlich entsprach das Erschließungskonzept dieser Trabanten ganz der damaligen Zeit, in der individuelle Motorisierung fast eines jeden Haushalts niemanden mehr zwang, in einer als eng und verschmutzt empfundenen Stadt zu leben.

Abb. 1 (rechts): Grzimeks Plan der Waldsatelliten nach dem Plan auf S. 63 (Beschriftung hier ergänzt)

¹ „Plan für den Ausbau eines Grünflächensystems als Beitrag zum Bauleitplan der Stadt Darmstadt, abgeleitet aus dem Bestand, den Voraussetzungen und langfristigen Notwendigkeiten“, herausgegeben vom Magistrat der Stadt Darmstadt.



Die Waldsatelliten waren insofern sogar ein Konzept gegen die Zersiedlung im weiteren Raum. Sie konzentrierten Bewohner stadtnah und doch im üppigen Erholungsumfeld von Wäldern und Freiflächen in eigenständigen Siedlungskörpern.

Das Konzept baute darauf auf, dass die heute bei Egelsbach endende A 661 im Osten um Darmstadt herumgebaut würde und sich im Südwesten mit der A5 verbunden hätte. Weitere Tangenten im Stadtraum sollten für ergänzende Erschließung sorgen, alles mit großzügigen kreuzungsfreien Straßenrohren miteinander verbunden.

Die Einwohnerentwicklung Darmstadts liefert den Hintergrund für dies Konzept (Abb. 2):

Nach den großen Zerstörungen im zweiten Weltkrieg war die Einwohnerzahl – einschließlich jener in den nicht zerstörten Vororten im Norden und Süden – auf gut 70.000 Menschen geschrumpft. Ein hoher Geburtenüberschuss in den Nachkriegsjahren von um die 500 pro Jahr und vor allem der starke Zustrom von Flüchtlingen – Spitze des Wanderungssaldos mit gut 6.300 Menschen im Jahre 1950 – ließen die Stadtbevölkerung schnell über das Vorkriegsniveau hinaus anwachsen (alle Daten nach „Darmstadt in Zahlen“ 1984). Das dürfte ein Impuls gewesen sein, für weiteres Wachstum vorzusorgen.

Andererseits wird aber seit Anfang der 60-er Jahre vor allem in den Innenstadtdaten (blaue Kurve) ein kräftiger Trend zur Stadtfucht sichtbar. Der hätten die „Waldsatelliten“ mit ihrem angenehmen Umfeld ein nach wie vor stadtnahes Ziel geben können.

Ab Ende der 60-er Jahre entsteht Kranichstein als einziger der Waldsatelliten. Der städtebauliche Entwurf von Ernst May folgte dem Konzept Grzimeks und sah insbesondere einen großen innerörtlichen Grünzug vor, in dem heute Brentanosee und Kästner-Schule liegen. Der zusätzliche Siedlungsraum wurde aber letztlich kleiner konturiert. Die Kranichsteiner Neubewohner zählten damals noch zu Arheilgen – mit dem Effekt, dass bei anhaltender Stadtfucht allein die Arheilger Einwohnerkurve weiter leicht anstieg.

Grzimeks Plan war eigentlich kein Wachstumsplan, sondern eher dessen Gegenteil. Er erfasste nämlich zunächst alle Grünflächen, die er sichern wollte. Dazu gehörten Grünraumabstände zu den gesetzten Autobahnen und Schnellstraßen, Sportstätten, Friedhöfe, Parkanlagen, Kleingärten, Grünzüge aus den bebauten Strukturen heraus zu den stadtnahen Wäldern und vor allem Grünräume zur Naherholung der in den traditionellen Stadtteilen wie in den neu hinzukommenden Satelliten lebenden Menschen. Das Stadtwachstum mit den Satelliten setzte also eine erhebliche Erweiterung der für die Erholung von Alt- und Neubürgern erforderlichen Grünflächen voraus! Lediglich jene Flächen, die in diesem „Negativplan“ übrig blieben, sollten einer Bebauung offenstehen.

Dabei hatte Grzimek auch die Waldflächen als gesetzt angesehen und sogar weitere Aufforstungen erwogen. Wesentliche Schwachstelle blieb sein Umgang mit der Landwirtschaft (S. 19). In seinen Plänen tauchen landwirtschaftliche Flächen nicht als eigenständige Flächennutzung auf und dürfen nur noch dort vermutet werden, wo seine Darstellung leer blieb (weder Straßensysteme der besiedelten Flächen noch Raster der Grün-

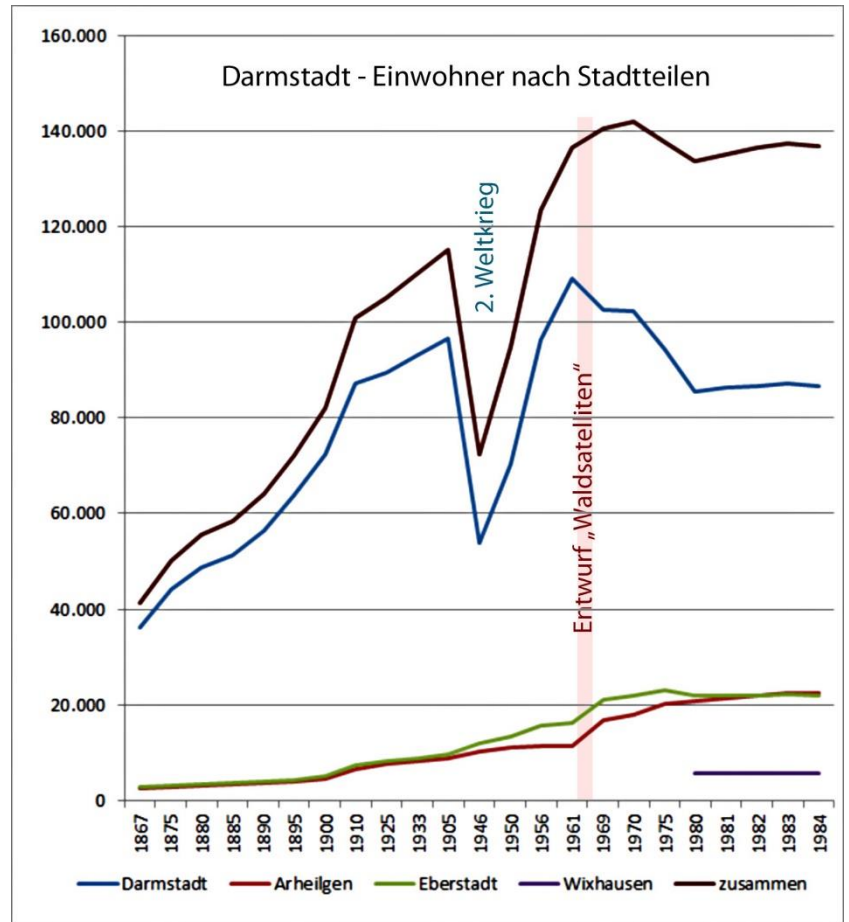


Abb. 2: Einwohnerentwicklung Darmstadts vom Beginn der Aufzeichnungen bis 1984

flächen). Er erklärte diese Schwäche damit, dass der „primäre Sektor“ der Landwirtschaft durch ihre Industrialisierung (schon damals!) so geschrumpft sei, dass rentabel zu bewirtschaftende Flächen nur in einer großräumigeren Planung ausgewiesen werden könnten, was er in seinem auf das Stadtgebiet begrenzten Rahmen nicht leisten könne. Er stellte aber die latente Übergriffigkeit der Wachstumsprotagonisten fest – „Im unmittelbaren Stadtbereich bestand schon bisher die Tendenz, in den landwirtschaftlich genutzten Flächen einen Boden- und Flächenvorrat für Siedlungen zu sehen und zu horten“ – und beließ es bei einem durchaus starken Postulat: „Die Ausweisung landwirtschaftlicher Flächen ist planvoll zu vollziehen, mit dem Ziel, sie zu schützen, sie zu rentableren Formen zu führen und funktionsfähige Betriebe zu schaffen, die zugleich wichtige Gliederungsfunktionen im Stadtverband übernehmen können“.

Wie sehr Grzimek die Grünräume um alte und neue Siedlungen zu sichern suchte, offenbart sich erst, wenn man die entsprechenden Flächen farbig unterlegt (Abb. 3 rechts). Dann wird deutlich, welche weiten Grünräume er zwischen Alt- und Neusiedlungen reklamierte. Zum anderen zeigt sich, dass die kräftige Umrandung der „Waldsatelliten“ nur Bruttoflächen umreißt, innerhalb derer erneut innere Grünzüge vorgesehen werden, die zu den angrenzenden Wäldern oder in den Kernstadtraum führen.

Es wäre reizvoll, diesen nur scheinbar so wachstumsorientierten Plan mit heutigen Bestandskartierungen zu vergleichen. Man würde dann sehen, welche große Teile der Grzimek'schen Grünräume einer späteren Bebauung zum Opfer gefallen sind. Dem leistete allerdings auch der Verzicht auf den A 661-Weiterbau Vorschub, der zusammen mit den dann sukzessive ebenfalls aufgegebenen Tangentensystemen riesige Flächen freisetzte, die dann auch munter bebaut wurden.

2. Neue Wachstumsambitionen der 80-er Jahre

Die Einwohnerzahl Darmstadts blieb in der Folgezeit (bis 2005) ungefähr auf dem Level der Achtziger Jahre und schwankte unterhalb von 140.000. Diese Marke wurde nur einmal im Jahre 1992 überschritten. Es gab also keinen rechten Grund, in den 1980-er Jahren plötzlich einen forcierten Wachstumskurs zu verfolgen. Der Flächennutzungsplan, für den schon Grzimek gearbeitet hatte, war noch immer nicht fertiggestellt, als das Verfahren unter dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Günther Metzger (1981 bis 1993) neuen Schub bekam. Metzger wollte vor allem neue Gewerbegebiete ausweisen und betrieb dies nicht nur im Nor-

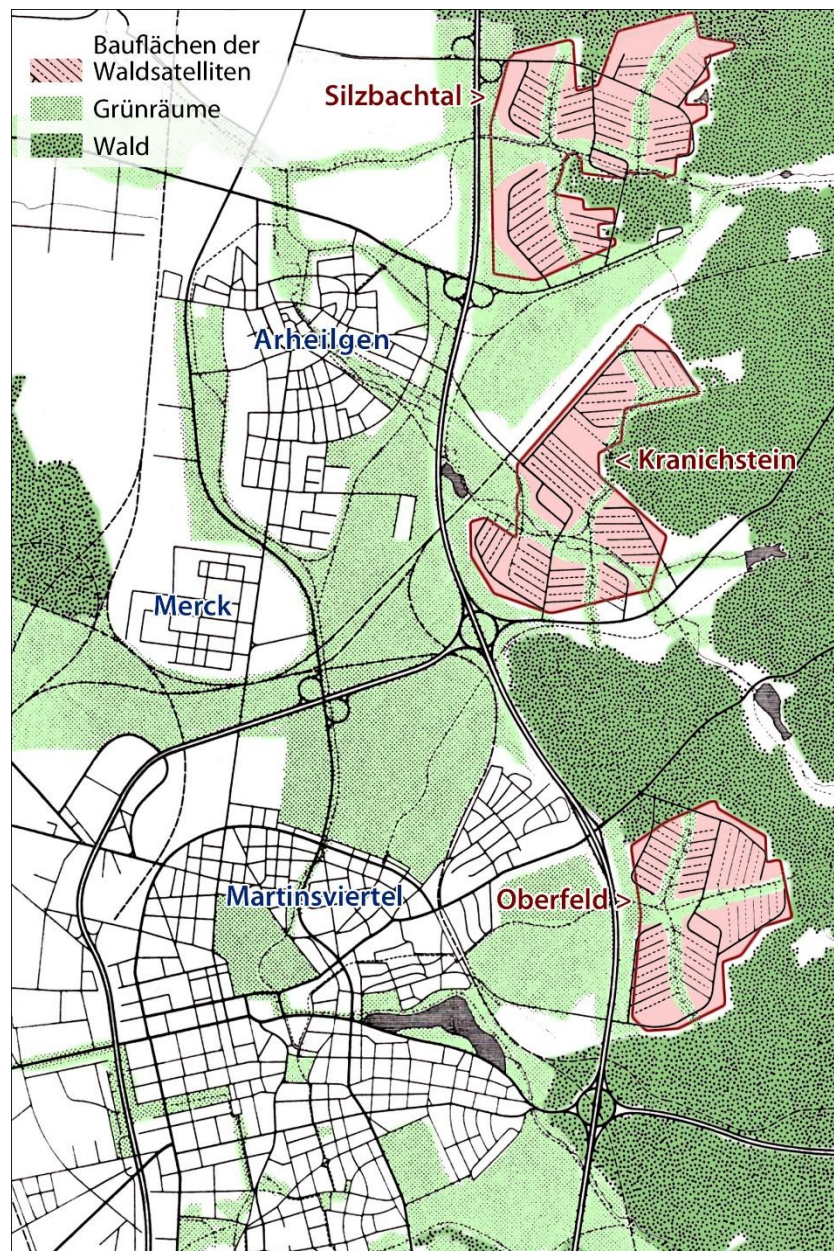


Abb. 3: Grzimeks Waldsatelliten-Entwurf S. 65, hier nachkoloriert und ergänzend beschriftet.

den Darmstadts, sondern auch für das der Stadt gehörende, aber auf Weiterstädter Gemarkung gelegene riesige Gehaborner Hoffeld. Dessen gewerbliche Versiegelung konnte zunächst von einer Darmstadt-Weiterstädter Bürgerinitiative verhindert werden. Später wurden dann doch noch Teilflächen der Ansiedlung von Metro, Segmüller, Skoda, tegut und Dehler preisgegeben. „Gewerbe“ kann man das nicht gerade nennen. Es handelt sich vielmehr um großflächigen Einzelhandel, der die Innenstädte schwächt und PKW-Karawanen in Bewegung setzt. In den 1970-er Jahren war noch unter der Androhung solcher Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ das Luisencenter mit Karstadt als Abwehrmaßnahme auf eine bis dahin innerstädtische Wiese gesetzt worden.

Die Flächen, die Metzgers Konzeption zum Flächennutzungsplan im Norden Darmstadts ins Visier nahm, sind in der folgenden Abbildung 4 kräftig umrahmt dargestellt (der ursprüngliche schwarzweiß-Plan wurde in den Bestandsflächen für Grünräume, Wohn- und Gewerbegebiete farbig angelegt).

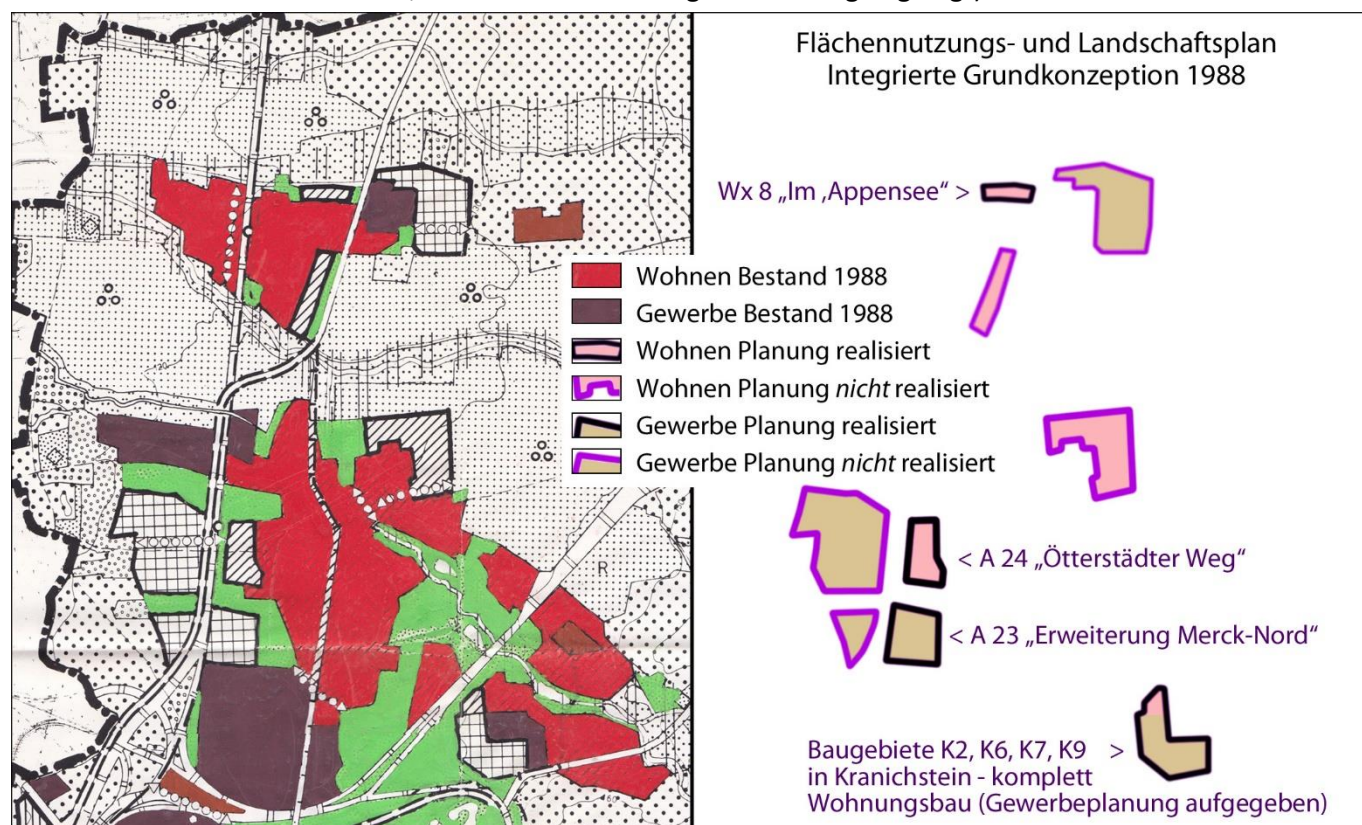


Abb. 4: Neubauf Flächen für Wohnen und Gewerbe nach der Grundkonzeption 1988 für den Flächennutzungs- und Landschaftsplan. Die damals geplanten Erweiterungsflächen sind im rechten Teil der Abbildung noch einmal separat dargestellt und nach ihrer Realisierung kategorisiert (vgl. Legende in der Mitte).

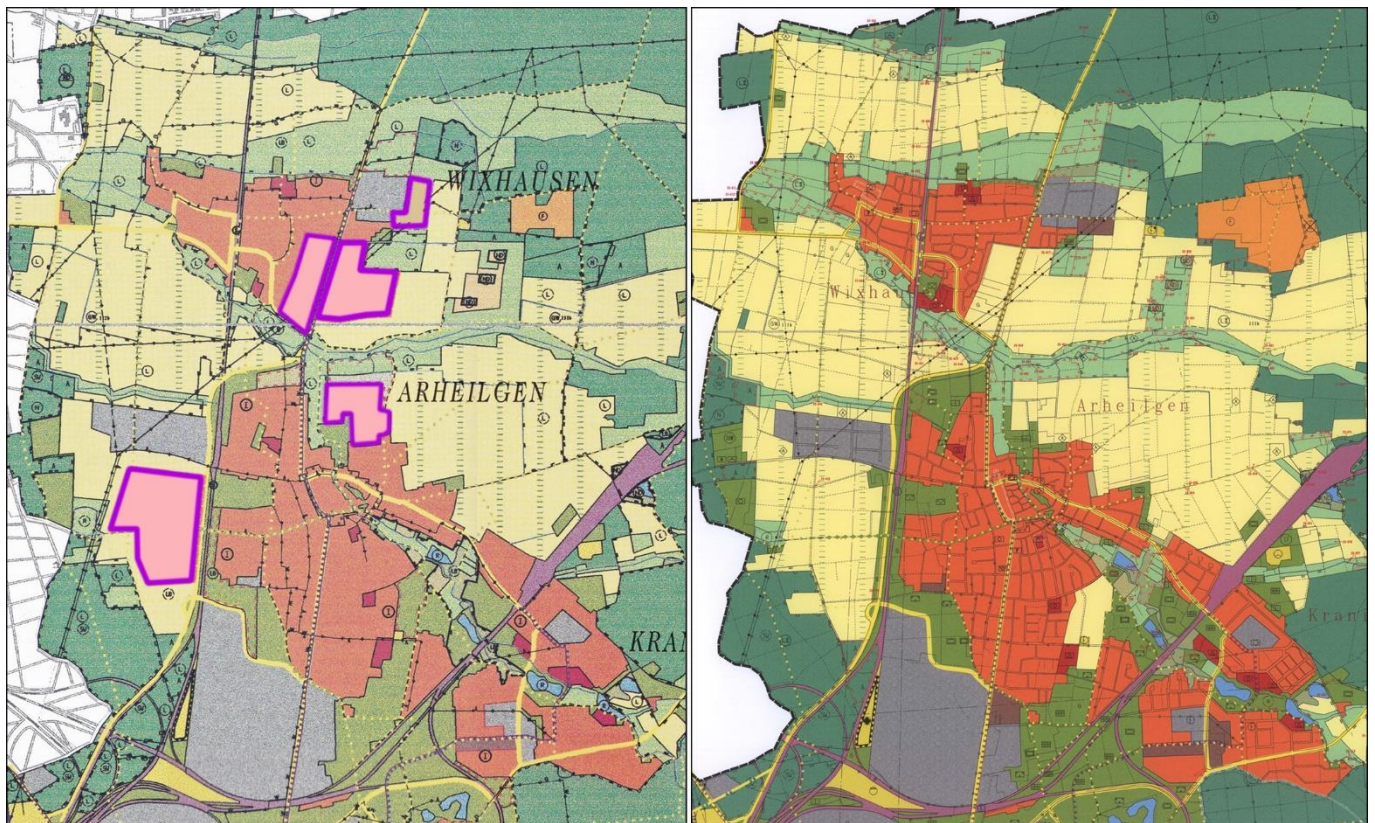
Dieser Plan offenbart eine völlig andere Konzeption, als wir sie von Grzimek her kannten: Hier geht es nicht mehr um die Entwicklung eigenständiger in sich tragfähiger neuer Siedlungskörper. Vielmehr werden Stadterweiterungsflächen an die Bestandsflächen ‚angeklebt‘ – etwa mit Arheilgen-Nordost, das eine neue großformatige Wohnbebauung hinter den kleinteiligen Ortskern lagern wollte (zum Glück nicht realisiert), oder mit den beiden Ergänzungen an den Rändern von Wixhausen. Ausgerechnet der nördliche Streifen, der zukünftig an der neuen Startbahn West-Abflugroute liegen wird, wurde mit dem Bebauungsplan Wx 8 „Im Appensee“ umgesetzt und präsentiert sich als kurios-zahnlückenhafte Reihenhauslandschaft, weil die Reihenhäuser nicht aus einer Hand, sondern fragmentarisch individuell an den traurigen Ortsrand gestellt wurden. In Kranichstein war mit dem Wegfall der A 661-Verlängerung ein großes Areal freigeworden, das nun Gewerbegebiet werden sollte. Dies Konzept konnte in der ersten rot-grünen Koalition abgewendet werden, was die (später partiell wieder vertane) Chance bot, hier neue Formen des Wohnungsbaus auszuprobieren.

Mit dem in der 1988-er Konzeption erstmals vorgesehenen Gewerbegebiet Arheilgen West (westlich von B3 und Main-Neckar-Bahn) wurde der rabiateste Angriff auf große und im Grzimek’schen Sinne rentable landwirtschaftliche Flächen vorgetragen. Zwar ist der Zugang zu diesen Flächen inzwischen durch B3-Umgehung, Main-Neckar- und S-Bahn sowie einen riesigen Lärmschutzwall erheblich behindert; gleichwohl sind diese

Flächen der Naherholungsraum des westlichen Arheilgens und sein Zugang zum Westwald. Auch diese Planung wurde bis heute nicht umgesetzt, tritt aber immer wieder – zuletzt im „Masterplan 2030+“ –wie ein Untoter in Erscheinung.

Relevante Teile der 1988-er Grundkonzeption wurden in den Folgejahren realisiert (vgl. Abb. 4 rechts). Im Fall der Merck-Nord-Erweiterung konnte das für Arheilgen günstig beeinflusst werden (Erfolg der IGAB), in Kranichstein wirkte noch ein originär grüner Einfluss korrigierend. Die Wohngebiete A 24 und Wx8 markieren hingegen eher vertane Chancen auf einen nutzungsgemischten und infrastrukturell gut versorgten Wohnungsbau (Produkt der lauen zweiten rot-grünen Koalition mit federführend nachteiliger Rolle der heutigen Regierungspräsidentin als damaliger Vorsitzender des Bauausschusses und späterer Planungsdezernentin).

Der Flächennutzungsplan wurde erst 2006 als Satzung beschlossen. Er enthält fast keine der problematischen „angeklebten“ Erweiterungsflächen aus früheren Konzepten mehr. Insofern war das ein bemerkenswerter ‚nachhaltiger‘, weil freie Flächen schonender und sich auf Innenentwicklung beschränkender Plan. Der in die Freiflächen eingreifende Planungsballast früherer Entwürfe war sukzessive zurückgenommen worden. So rückten bereits im Entwurf von 1999 (nächste Abbildung) wesentliche Erweiterungsflächen in die Ferne von „langfristigen Neuerschließungsgebieten“ und verschwanden schließlich im Satzungsentwurf von 2006 ganz.



Flächennutzungs- und Landschaftsplan, Entwurf 1999

Flächennutzungs- und Landschaftsplan, Satzung 2006

Abb. 5: Vergleich des Entwurfs zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan von 1999 mit dessen Endfassung aus dem Jahre 2006. Die ursprünglich vorgesehenen Erweiterungsflächen, die in der Endfassung weitestgehend wegfielen, sind links mit lila Konturen und Flächenfarben wie in Abb. 4 besonders hervorgehoben.

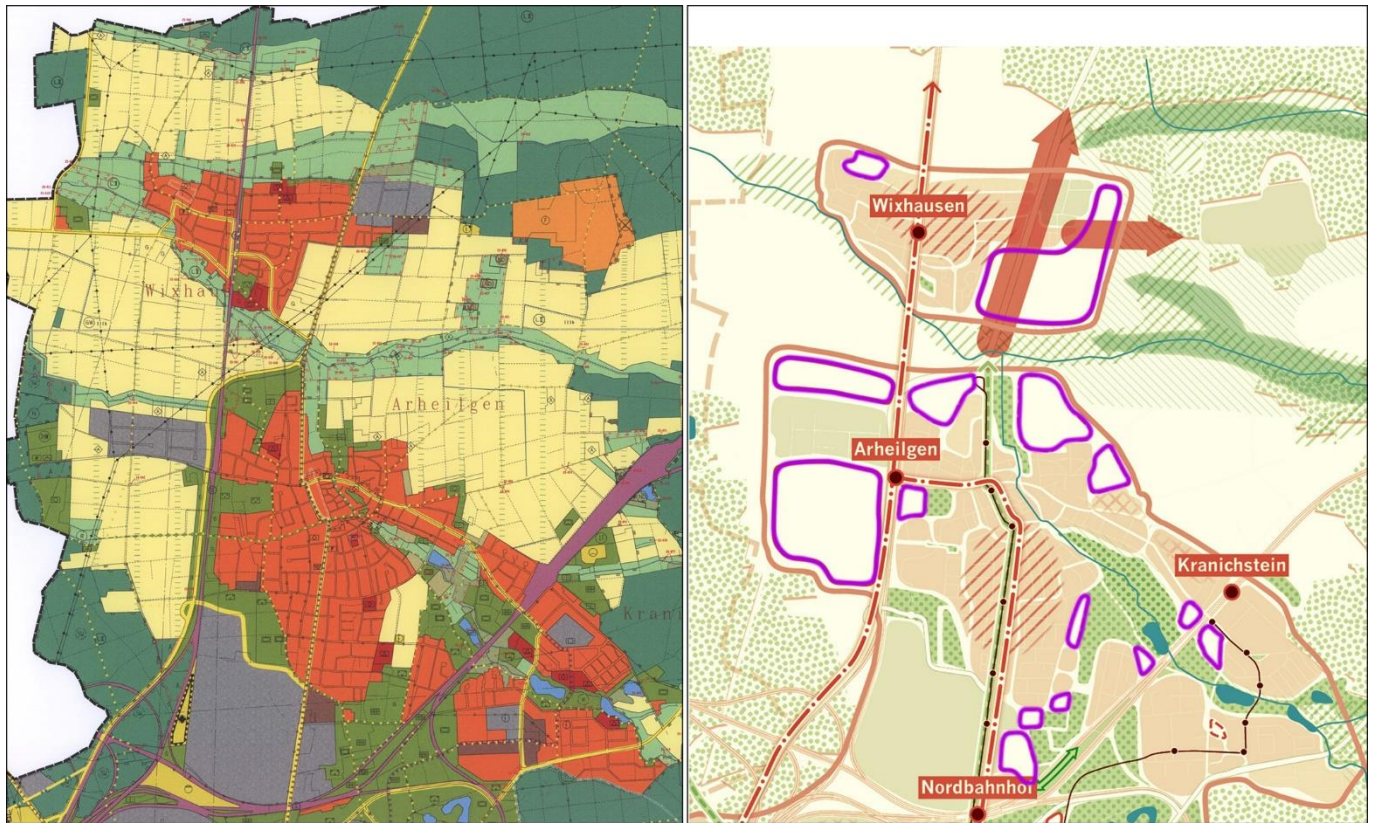
Von Metzgers massiver Gewerbeflächenexpansion blieb nur noch eine kleine Fläche im Nordosten Wixhausens übrig, die der Flächennutzungsplan von 2006 bereits als Bestand verbucht (grau in Abb. 5 oben rechts). Das Gewerbegebiet Arheilgen West war im Entwurf von 1999 zum Wohngebiet mutiert und fiel in der Satzungsversion schließlich ganz weg. Ebenso blieben die großen Flächen im Südosten von Wixhausen und die Arheilgen Nord-Erweiterung aus dem endgültigen Plan heraus.

3. Überheiztes Wachstum im Klimawandel

Im Erläuterungsbericht zum Entwurf des Flächennutzungs- und Landschaftsplans von 1999 heißt es gleich im ersten Satz ganz eindeutig: *Der Flächennutzungs- mit Landschaftsplan ist das verwaltungsintern bindende*

Instrument der Lenkung und Steuerung der Stadtentwicklung. Diese korrekt festgestellte rechtliche Bindung des Magistrats (also der Stadtverwaltung) durch eine als Satzung von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Rahmenplanung hat den Magistrat nicht davon abgehalten, ein in keinem Gesetz vorgesehenes Monstrum in die Welt zu setzten, das er „Masterplan 2030+“ nennt und das nun (an Stelle des verdrängten Flächennutzungsplans) die Geschicke Darmstadts fürderhin bestimmen soll.

Dies Monstrum hat einen völlig anderen Charakter als der nach wie vor gültige, nun aber ignorierte Flächennutzungsplan. Der Magistrat hat viele Hunderttausend Euro dafür ausgegeben, dass ein flippiges und fernes Berliner Planungsbüro – mit den Problemen Darmstadts durch nichts verbunden – solche Begriffe wie „klare Siedlungskante“ in die Welt setzt (dicke blassrote Linie im rechten Teil der nachfolgenden Abbildung). Diese äußerst großzügig um Darmstadt gezogene „Kante“ bedeutet, dass mal eben all die Untoten früherer Bauflächenexpansion – und noch einige mehr – in einen aufgeweiteten Stadtzusammenhang der Zukunft eingeraht werden. Damit verschwindet nun wirklich alles, was Grzimek in den 60-er Jahren noch an grünen Freiräumen im Gemarkungsgebiet zwischen den Siedlungskörpern sichern wollte. Überall umschließen die in der nachfolgenden Abbildung lila hervorgehobenen Expansionsflächen größere Räume als in allen anderen Wachstumsvorstellungen zuvor. Zudem sind innerhalb der „klaren Siedlungskante“ noch eine ganz Reihe weiterer kleinflächigerer Baugebiete hinzugekommen. Landwirtschaft spielt hier keine Rolle mehr – sie ist bloße Verfügungsmasse für die Ausweisung von Bauflächen.



Flächennutzungs- und Landschaftsplan
Satzungsversion 2006

Masterplan 2030+ (2020)

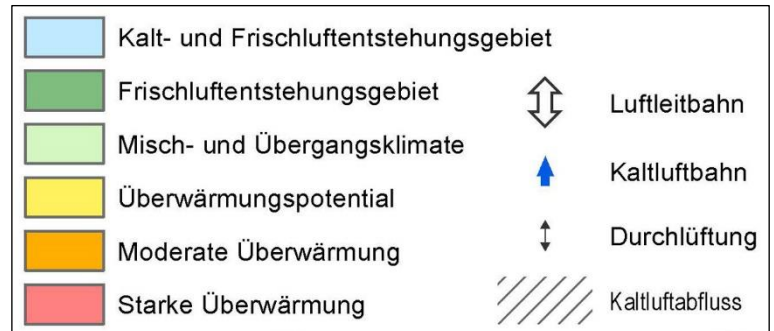
Abb. 6: Vergleich des Flächennutzungsplans in seiner Endfassung von 2006 mit dem „Masterplan 2030+“. Die vom „Masterplan“ vorgesehenen Expansionsflächen sind hier mit lila Konturen hervorgehoben, weil sie in der farbflauen Originalfassung nur schwer identifiziert werden können.

Auch dies Expansionsprogramm verbindet sich mit einem Oberbürgermeister – nun mit dem „Grünen“ Jochen Partsch, der die Stadtentwicklung aus der Stadtplanung herausgenommen und nicht etwa dem Umweltressort, sondern der Wirtschaftsförderung eingegliedert hat („Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung“).

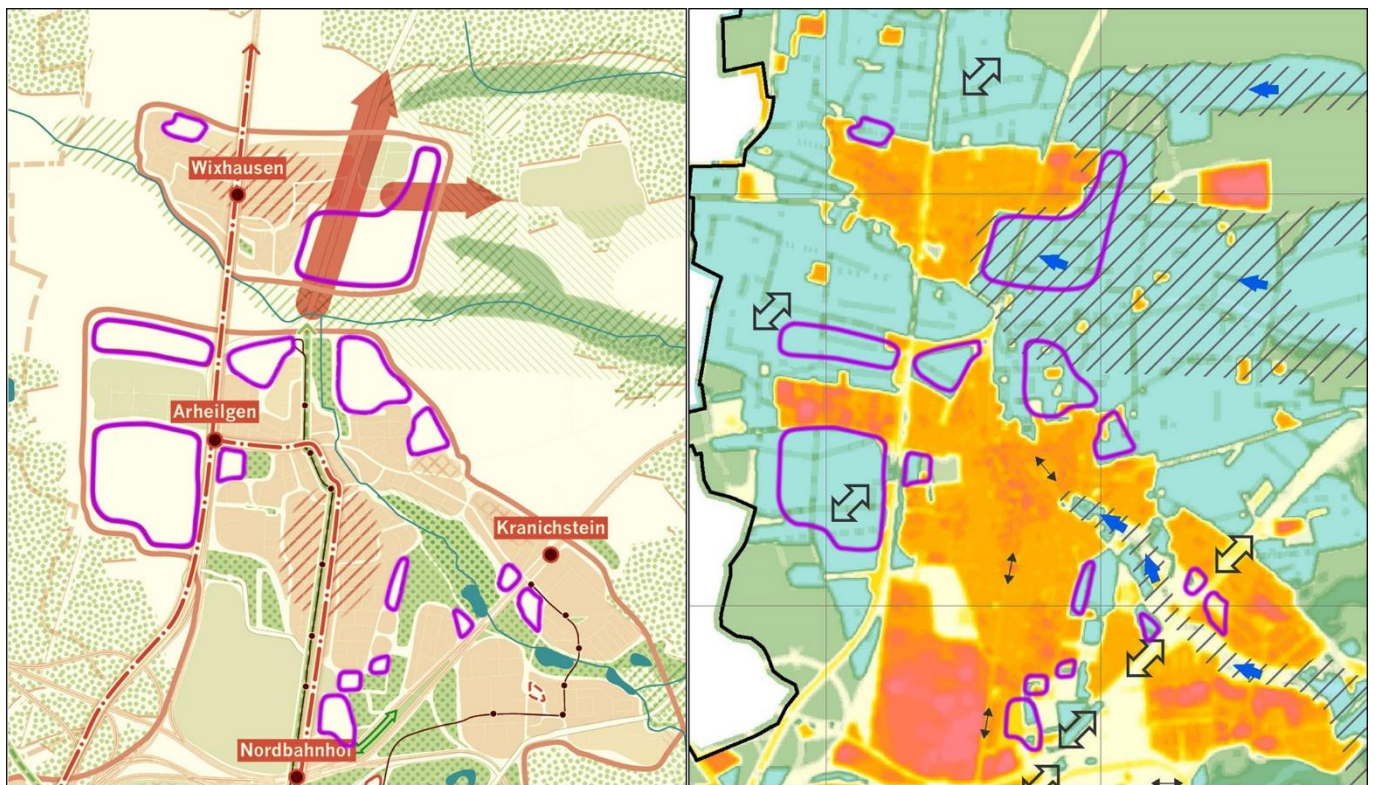
Das Ergebnis im „Masterplan 2030+“ expandiert Gewerbeflächen in einem bislang nicht gekannten Ausmaß und weist ebenso expansiv Wohnflächen aus, deren Bedarf erst durch die Gewerbeexpansion befeuert wird.

So überhitzt man effektiv einen Prozess, der in ganz andere Richtung zu steuern wäre bzw. gesteuert werden müsste.

Dies Flächenexpansionskonzept muss mit einer Bestandsaufnahme verglichen werden, die die klimatischen Belastungen der Stadt im Klimawandel deutlich werden lässt: mit der Darmstädter „Klimafunktionskarte“. Das zugrundeliegende Klimagutachten wurde vom Magistrat nicht veröffentlicht. Sozusagen konsequent haben es auch die flippigen Bearbeiter des „Masterplan 2030+“ nicht zur Kenntnis genommen. So kommt bei der Konfrontation beider Pläne erst einmal überraschend zum Vorschein, dass fast alle Expansionsflächen, die die Masterplan-Konstrukteure flott in die aufgeweiteten Stadtkanten hineingezeichnet haben, in Bereichen liegen, die für den Ausgleich eines aufgeheizten Stadtklimas höchst relevant sind. Die nachstehende Abbildung hebt links die neuen Bauflächen des Masterplans mit lila Konturen hervor und überlagert diese Konturen auf die Klimafunktionskarte rechts. In deren Darstellung stehen rote Flächen für „Starke Überwärmung“ (vgl. Legende zur Klimafunktionskarte rechts), während in den blauen Flächen die für klimatischen Ausgleich so wichtige Kalt- und Frischluft entsteht.



Darauf nimmt der „Masterplan“ keinerlei Rücksicht. Er platziert vielmehr die geplanten Baugebiete hemmungslos in diese blauen Flächen hinein, beseitigt damit deren klimatisch ausgleichende Wirkung und erhöht die Belastung auf die schon heute oft hoch belasteten angrenzenden Wohngebiete.



Masterplan 2030+ (2020)

Klimafunktionskarte Darmstadt (2017)

Abb. 7: Vergleich des Masterplans 2030+ (Expansionsflächen wie in Abb. 6 durch lila Konturen hervorgehoben) mit der Klimafunktionskarte Darmstadt von 2017 (lila Konturen der Expansionsflächen hier überlagert).

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) hat 2017 in einem beispielhaften Gutachten für den uns nahen Stadtraum Mainz/Wiesbaden die Auswirkungen des Klimawandels auf das Stadtklima ermittelt². Üblicherweise werden in derartigen Studien die Zahlen der jährlichen Sommertage (Temperatur über 25 °C), der heißen Tage (Tem-

² [Deutscher Wetterdienst](#), Modellbasierte Analyse des Stadtklimas als Grundlage für die Klimaanpassung am Beispiel von Wiesbaden und Mainz, Offenbach 2017

peratur über 30 °C) sowie der Tropennächte (nächtlige Temperatur über 20 °C) als Indikatoren herangezogen. Das DWD-Gutachten basiert auf einem Modell, mit dem zunächst berechnet werden kann, wie sich die Temperaturbelastung eines Raums *ohne* Bebauung darstellen würde (linke Grafik in der nachfolgenden Abbildung).

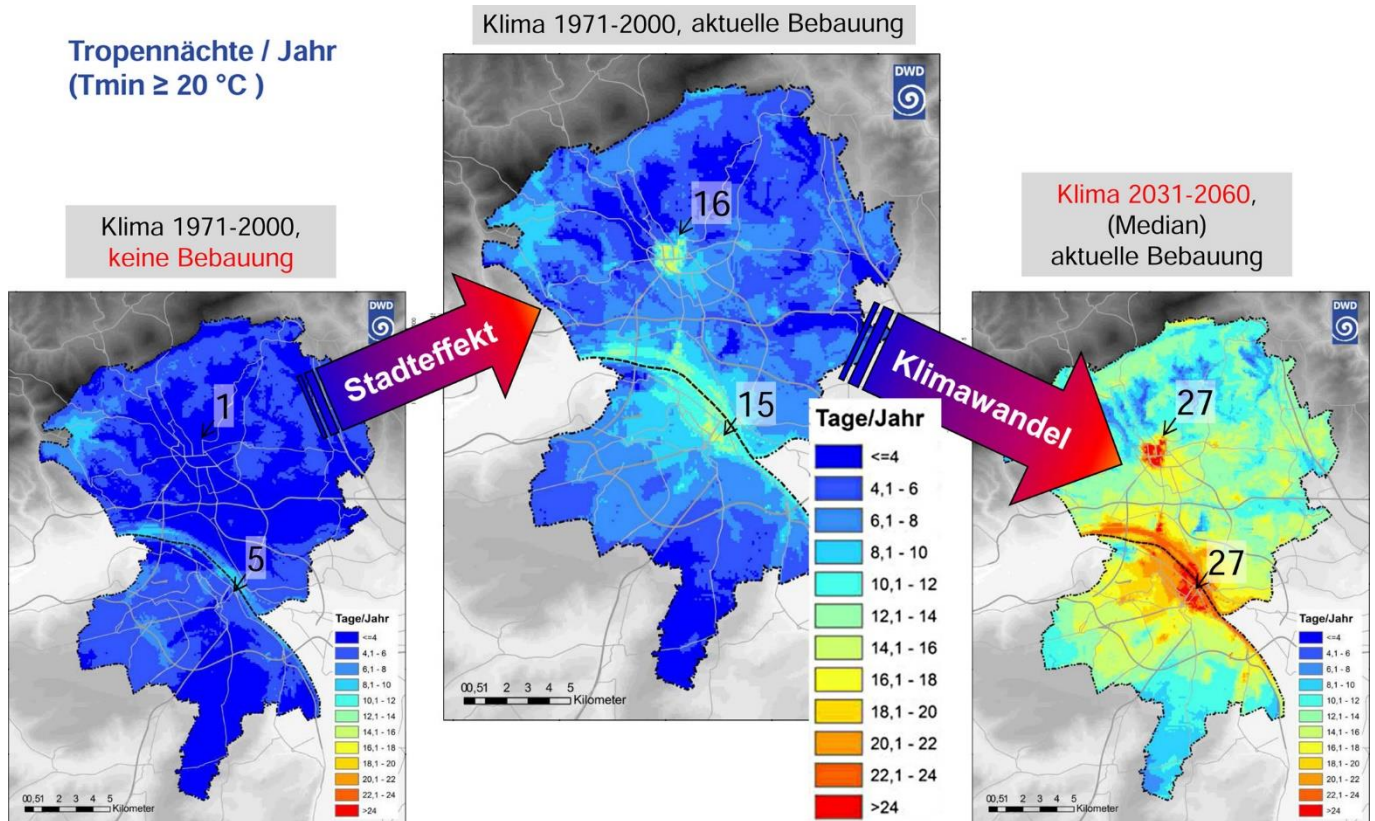


Abb. 8: Ergebnisse der klimaanalytischen Modellrechnung des DWD für Mainz/Wiesbaden. Farbskala von tiefblau (= weniger als 4 Tropennächte) bis tiefrot (= mehr als 24 Tropennächte).

Insofern wurden für zwei zentralörtliche Referenzpunkte im unbebaut gedachten Raum von Mainz und Wiesbaden nur 1 bzw. 5 Tropennächte errechnet (entsprechende Darstellungen gibt es im DWD-Gutachten auch für Sommertage und heiße Tage). Effekt der *aktuellen* Bebauung (ermittelt für das Stadtklima der Jahre 1971 bis 2000 – mittlere Grafik in obiger Abbildung) sind 16 bzw. 15 Tropennächte an den beiden stadtzentralen Referenzpunkten. Legt man nun einen mittleren Aufwärmungspfad im Zuge des Klimawandels zugrunde, so wäre zukünftig mit 27 Tropennächten an beiden Referenzpunkten zu rechnen (rechte Grafik in obiger Abbildung). Die deutliche Verschiebung der Farben aus den blauen in die gelben bis roten Bereiche zeigt zudem, dass sich diese Hitzebelastung nicht nur punktuell einstellt, sondern flächig ausbreiten wird.

Mainz und Wiesbaden haben dabei noch günstigere Ausgangsbedingungen als Darmstadt: In Mainz kann Kaltluft vom Lerchenberg im Süden über stark geneigte Hänge kräftig hinab in die Stadt strömen, in Wiesbaden geschieht dies von den Taunushängen im Norden. Darmstadt hat diese topografischen Vorteile nicht. Die großen Kaltluftentstehungsgebiete im Norden zwischen Wixhausen und Arheilgen sind nur gering nach Westen geneigt, so dass der Kaltluftstrom entsprechend schwach und empfindlich gegen Störungen ist. Jeder weitere Riegel zusätzlicher Bebauung kann daher die Kaltluftströme zum Erliegen bringen.

Der Klimawandel steigert die bereits gravierende Vorbelastung des Stadtklimas durch dichte Bebauung erheblich. Deshalb müssen sich „Masterpläne“ zukünftiger Stadtentwicklung in erster Linie diesem Problem stellen. Einen Freibrief für die bedenkenlose Inanspruchnahme der „blauen“ Freiflächen für zukünftige Baugebiete, wie ihn der „Masterplan 2030+“ erteilt, darf es jedenfalls nicht mehr geben. Hätte sich der Magistrat an den gesetzlich gebotenen Weg der Flächennutzungsplanung gehalten, so hätte er bindende Vorschriften berücksichtigen müssen, die insbesondere durch das Klimaschutzgesetz von 2011 in das Planungsrecht eingefügt wurden. Seitdem lautet etwa § 1 Abs. 5 Baugesetzbuch:

Bauleitpläne ... sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere

auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.

Der jenseits aller gesetzlichen Planungsregeln aufgestellte „Masterplan 2030+“ wird dieser Anforderung jedenfalls nicht gerecht.

4. Großräumig denken!

Der Drang zur Ausweitung der Stadtflächen wird gespeist von einem realen Wachstum Darmstadts. Seine Bevölkerungszahl hatte über Jahrzehnte unterhalb der Schwelle von 140.000 Einwohnern verharret, die erst 2006 dauerhaft überschritten wurde. Seitdem entwickelt sich die Einwohnerzahl stetig nach oben und hatte 2018 fast 162.000 erreicht (die auf dem Zensus 2011 basierende Landesstatistik kommt zu etwas niedrigeren Zahlen³). Angesichts dieses Trends rief die Stadtregierung 2016 das Ziel aus, innerhalb der bis 2021 reichenden Wahlperiode 10.000 Wohnungen bauen zu wollen.

Das Land Hessen unterhält mit der „Hessen Agentur GmbH“ eine „Dienstleistungsgesellschaft des Landes“, die man wohl mit einiger Berechtigung als neoliberal ausgerichtet bezeichnen darf. Denn sie formuliert u.a. diese Ziele⁴:

- Bestmögliche Unterstützung des Landes und anderer öffentlicher Institutionen bei der Erreichung ihrer Ziele im Rahmen der hessischen Wirtschaftsförderung.
- Zukunftsorientierte Positionierung Hessens im nationalen und globalen Wettbewerb.

Diese „Hessen Agentur“ befasst sich auch mit Bevölkerungsprognosen, die in der Regel bereits sichtbare Trends in die Zukunft verlängern. Und so versprechen die jüngsten Prognosen aus diesem Haus ein weiteres Wachstum hessischer Städte, allen voran für Frankfurt (vgl. Abb. 9⁵).

Tarek al Wazir, der grüne hessische Superminister für Wirtschaft und Verkehr, ferner u.a. für Wohnen zuständig und auch als Aufsichtsratsvorsitzender von „Hessen Agentur“ tätig, ist ähnlich gepolt wie Darmstadts Oberbürgermeister. Beide setzen absolute Priorität auf den Zubau von Wohnungen, um die prognostizierten Einwohnerzuwächse unterzubringen. So hat al Wazir ein Programm „Großer Frankfurter Bogen“ ausgerufen⁶, mit dem in Frankfurt sowie in einem Umfeldkragen, aus dem man innerhalb von 30 Zugminuten nach Frankfurt gelangen kann, bis zu 200.000 Wohnungen gebaut werden sollen. Überall entsteht nun die immer gleiche Investorenarchitektur teurer Wohnungen, die jedenfalls eins nicht erreichen, nämlich eine Senkung der Wohnungspreise. Der Versuch, einem Sog in die Städte die Wohnungen hinterherzubauen, um marktwirtschaftlich dämpfend auf die Wohnpreise einzuwirken, scheitert. Im Vollzug dieses Wohnungsbaupro-

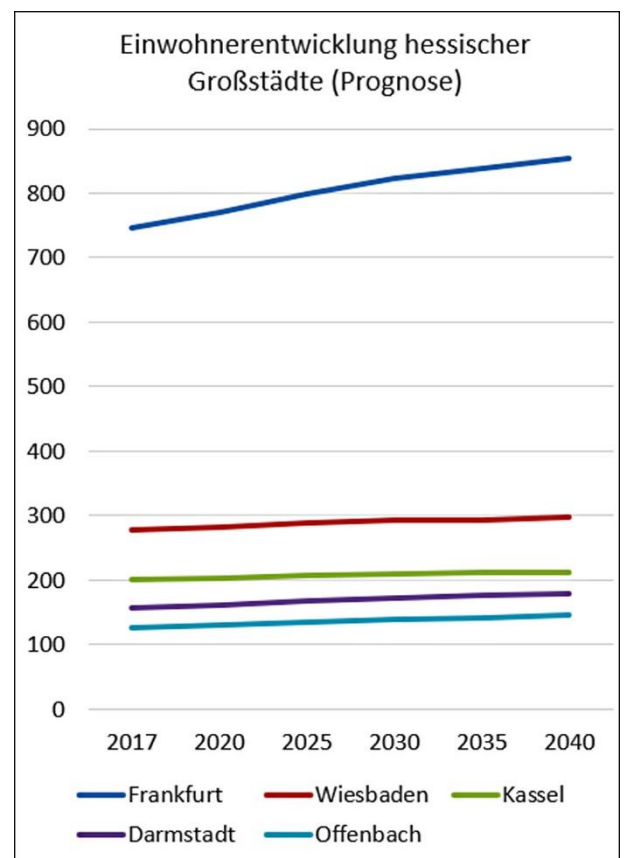


Abb. 9: Einwohnerprognose von „Hessen Agentur“ und IWU bis 2040, hier: Auswahl der Daten für die hessischen Großstädte.

³ vgl. [Wikipedia-Quellenangabe](#)

⁴ <https://www.hessen-agentur.de/ueber-uns/>

⁵ Einwohnerprognose für Hessen: Van den Busch, Bevölkerungsvorausschätzung für Hessen und seine Regionen als Grundlage der Landesentwicklungsplanung (Hrsg. Hessenagentur), Wiesbaden 2019, zit. nach der Studie des Instituts Wohnen und Umwelt (IWU), Wohnungsbedarfsprognose für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte bis 2040, Darmstadt 2020, https://www.hessen.de/sites/default/files/media/hmwvl/wohnungsbedarfsprognose_2020.pdf.

⁶ <https://www.grosser-frankfurter-bogen.de/>

grams wird aber für den Verdichtungsraum Rhein-Main ein beispielloser Zugriff auf bislang unbebaute Freiflächen propagiert, wie dies bereits oben für Darmstadt und seinen „Masterplan 2030+“ gezeigt wurde.

Dabei ist das behauptete Bevölkerungswachstum, dem man die Wohnungen hinterherbauen müsse, kaum mehr als ein trügerischer Schein. Man muss nur den Blick weiten. Schon im Odenwald, dessen Mittelzentrum Michelstadt/Erbach weit mehr als eine halbe Zugstunde von Frankfurt entfernt liegt, schrumpft die Bevölkerung. Die drittgrößte Stadt Hessens ist nicht etwa (nach Frankfurt und Wiesbaden) Kassel oder Darmstadt, sondern die erst 2018 aus dem Zusammenschluss einiger Dörfer um Beerfelden herum entstandene Stadt Oberzent. Ihr Stadtgebiet umfasst 165.6 km² (gegenüber dem von Darmstadt mit 122 km²). Doch in Oberzent gehen überall die Lichter aus. Die Menschen ziehen weg, weil es keine Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen mehr gibt, Geschäfte, Gaststätten und soziale Einrichtungen schließen und für das kulturelle Vermächtnis im hinteren Odenwald ist auch kein Geld mehr vorhanden.

Ein trauriges Beispiel für den letzteren Aspekt liefert etwa der Hubenhof in Oberzent/Unter-Sensbach – ein herausragendes barockes Bauernhaus, aufgenommen in die Denkmalliste, aber so sehr dem Verfall preisgegeben, dass nicht einmal das eingebrochene Dach geschlossen werden kann (Abb. 10)⁷.

Für den aus dem „Großen Frankfurter Bogen“ abgehängten Odenwald prognostizieren die Hessen Agentur-Trendverlängerer einen Rückgang der Bevölkerungszahl bis 2040 um 7 %. Ähnlich geht es sogar dem Kreis Bergstraße. Er ist zerrissen an der Frage, ob er sich nun der „Metropolregion“ Rhein-Main oder Rhein-Neckar zuordnen soll.

Auch ihm wird eine Bevölkerungsschrumpfung von 3 % geweissagt, weil er von beiden Verdichtungsräumen zu weit weg sei.

In noch grellerem Licht erscheinen die Bevölkerungsbewegungen, wenn man sich *ganz* Hessen zuwendet (für das der Grüne Superminister eigentlich zuständig ist, nicht nur für Frankfurt und seinen engen Wachstums-kragen). Dann sehen wir nämlich, dass das angebliche Bevölkerungswachstum – an vorderster Front in Frankfurt und Darmstadt – nur eine Bevölkerungsverlagerung ausdrückt. Ein Wachstum findet in der Rhein-Main-Region statt, in geringem Umfang auch noch in Gießen und Kassel, aber die größten Teile Hessens werden einer mehr oder weniger einschneidenden Schrumpfung preisgegeben (grafische Darstellung der Hessen Agentur-Prognosedaten auf der nächsten Seite in Abb. 11).

Die vielen teuren stereotypen Investorenarchitektur-Wohnungen, die in Rhein-Main überall hochgezogen werden und dort die Freiflächen verbrauchen, ersetzen also nur verlassene, nun leerstehende, günstige Wohnungen im ländlichen Raum, die oft auch noch architektonischen Charakter hatten.

Spitzenreiter bei der Entvölkerung ist der Vogelsbergkreis (vgl. Abb. 11 auf der nächsten Seite). Das wird Frankfurt freuen, weil es gierig nach den dortigen Wasserressourcen greift, die es für seine wachsende Bevölkerung dringend braucht, obwohl diese Ressourcen trotz Bevölkerungsschwund im ländlichen Raum real gar nicht mehr vorhanden sind.

Gute Politik setzt Rahmenbedingungen, die den gegebenen Verlauf der Dinge zum Besseren wenden. Dieser einfache Grundsatz scheint aber den Prognostikern und Förderern des Rhein-Main-Wachstums aus dem Sinn geraten zu sein (falls er jemals dort verankert gewesen sein sollte). Sie planen und bauen kritiklos einem



Abb. 10: Der Hubenhof in Sensbachtal, Hauptstraße 37-39, in seinem Zerstörungsstadium von August 2018

⁷ In der Abbildung zur Denkmalliste des Hessischen Landesamts für Denkmalpflege ist das Dach noch in Takt (vgl. [https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/..](https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/))

vermeintlichen Trend hinterher, der im Kontext des Klimawandels in die Unbewohnbarkeit der Rhein-Main-Region führt.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche gewaltigen Eingriffe erforderlich wären, um den realen Trend der CO₂-Emissionen zu korrigieren – was auch alle Grünen-Programme seit Jahrzehnten fordern – dann kann man nicht mehr verstehen, dass ausgerechnet Grüne jenen Bevölkerungsprognosen kritiklos hinterlaufen, statt auch nur den Hauch eines Gedankens zu ventilieren, dass solche Trends korrigiert werden können – und müssen. Hier findet Politik nicht mehr statt, der neoliberale Markt hat über den Grünen Gedanken gesiegt.

5. Konsequenzen

Ende November 2020 trat die Umweltdezernentin der Stadt Frankfurt mit der Nachricht an die Presse, dass inzwischen 99 % der Bäume im Frankfurter Stadtwald „krank“ seien⁸. Die Bäume „weisen also nicht mehr die volle, grüne Baumkrone auf“. Drei Viertel der Bäume gelten sogar als mittelstark bis sehr stark geschädigt. Die Grüne Umweltdezernentin zieht daraus diesen Schluss: „Wir müssen radikal den CO₂-Ausstoß reduzieren“. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber bei ihr ist offenbar noch nicht angekommen, dass die Bundesrepublik lediglich für 2 % der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich ist.

Selbst wenn wir diese sofort stoppen würden (was dank Merkels Klimapolitik nicht passiert), könnten wir damit vielleicht den Schaden im Frankfurter Stadtwald von 99 auf 97 % reduzieren. Wem wäre damit geholfen?

Auch die Umweltdezernentin Frankfurts steht offenbar unter der ideologischen Knute des wachstumsversessenen Grünen Superministers in Wiesbaden. Sonst hätte sie längst Erkenntnisse rezipiert, die in der für den Hessischen und auch den Frankfurter Wald zuständigen HessenForst-Behörde Allgemeinwissen sind. Deren Datenerhebungen weisen klar darauf hin, dass die Rhein-Main-Region nicht nur dem allgemeinen Klimawandel unterliegt, sondern auf drastische Weise dessen allgemein noch anstehende Veränderungen *vorwegnimmt*.

HessenForst hat Temperatur- und Niederschlagsverteilung in der Vegetationsperiode ermittelt, die für die Lebensbedingungen der Wälder relevant sind, und daraus die klimatische Wasserbilanz errechnet (nachfolgende Abbildung im oberen Teil). Daraus wird offensichtlich, dass im Rhein-Main-Raum die Temperatur signi-

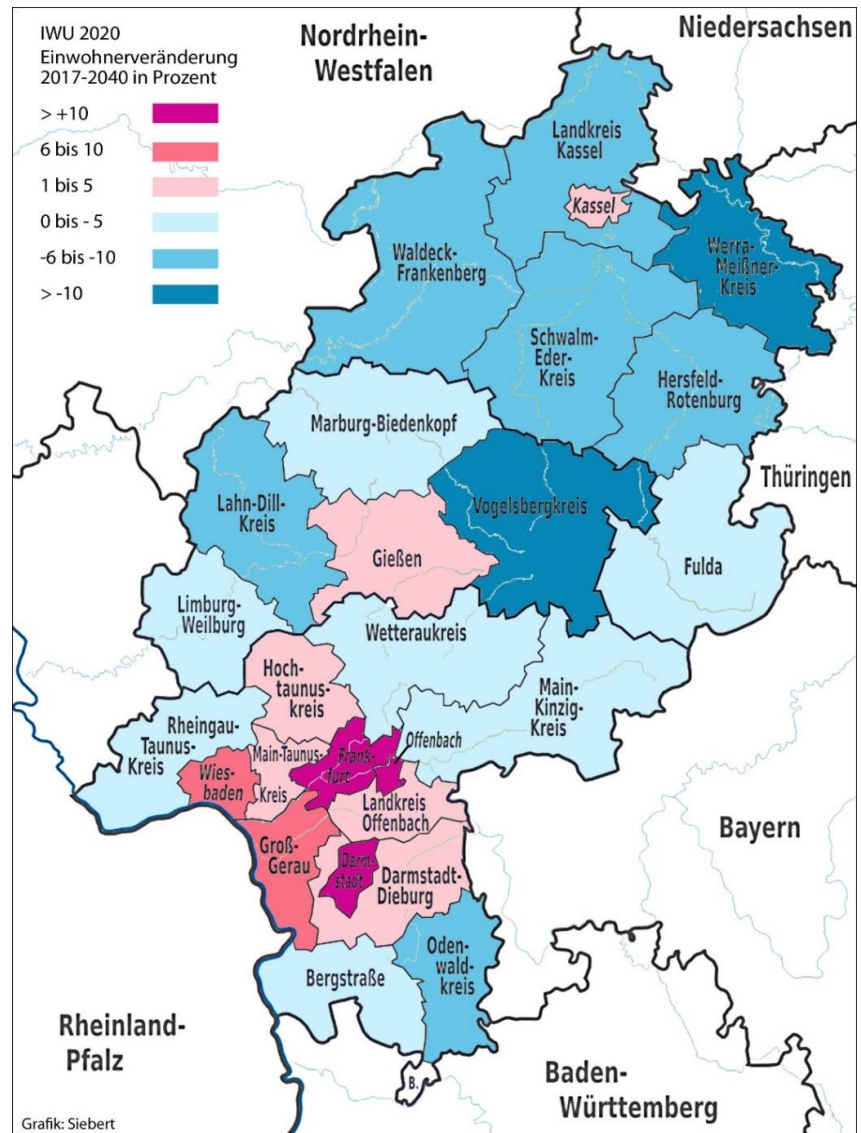


Abb. 11: Darstellung der Hessen Agentur-/IWU-Bevölkerungsprognose bis 2040 in ihrer Auflösung auf die hessischen Landkreise und Großstädte auf einer Skala von dunkelblau (Schrumpfung von mehr als 10 %) bis tiefrot (Zunahme von mehr als 10 %).

⁸ FAZ vom 27.11.2020: „Der Stadtwald stirbt“

fikant höher, die Niederschläge hingegen geringer und die Wasserbilanz entsprechend negativer ist als im gesamten anderen Hessen. In Zukunft (unterer Bereich der nachfolgenden Abbildung) wird diese Situation zwar auch die meisten Bereiche Hessens erfassen, vor allem aber die Verhältnisse im Rhein-Main-Raum noch drastischer gestalten. Da leuchtet im Rhein-Main-Raum nur noch der Feldberg im Taunus als minderbelasteter heller Punkt mit etwas mehr Niederschlag hervor, auf den sich aber die überlastete Region nicht komplett versammeln kann, wenn sie sich nach Kühle sehnt:

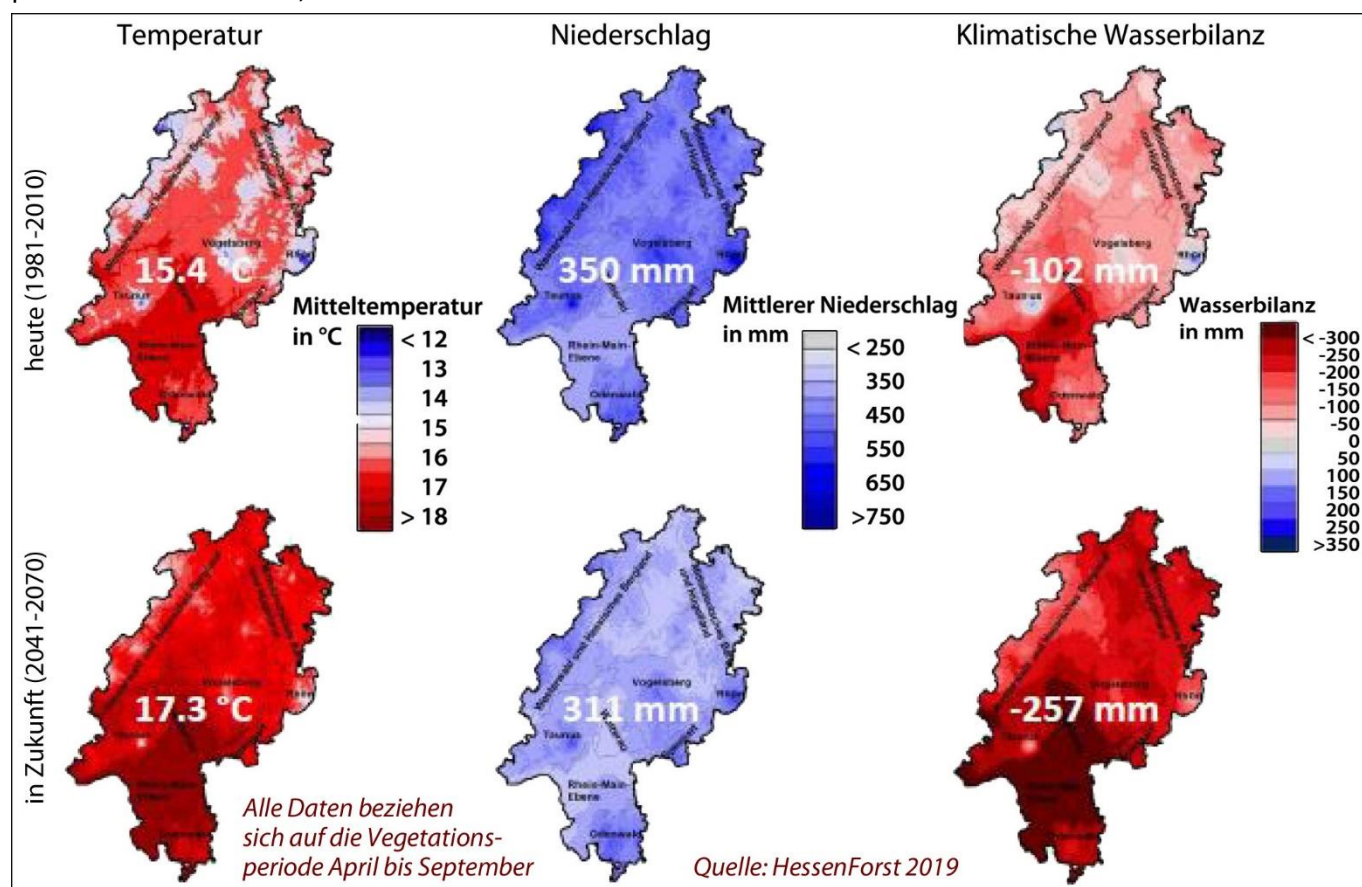


Abb. 12: Die klimatische Belastung des Verdichtungsraums Rhein-Main unter Einschluss des Hessischen Rieds ist bereits heute offensichtlich⁹.

Angesichts dieser Daten ist es kein Wunder, dass der Frankfurter Stadtwald schon heute stirbt, bevor der Klimawandel so richtig losgegangen ist. Der Darmstädter – im gleichen Raum gelegen – tut es ihm gleich. Die einzige Frage, die sich hier noch stellt, lautet: Warum ist die Rhein-Main-Region so extrem belastet, dass hier die Wälder bereits heute eingehen und zudem die Wasserversorgung der Region in große Gefahr gerät, weil die negative Wasserbilanz in der Vegetationsperiode nicht nur den Bäumen ihr Wasser entzieht, sondern auch die Grundwasseranreicherung massiv gefährdet. Und aus dem Grundwasser des Hessischen Rieds – schon heute tieferer Bereich in der Wasserbilanzkartierung – bezieht die Region vornehmlich ihr Wasser.

Die Antwort liegt seit langem auf der Hand: es sind inzwischen zu viele Bewohner und Betriebe, die aus den knappen Grundwasserressourcen ihr Wasser beziehen wollen. Die Region ist zu dicht bevölkert, zu sehr mit Gebäuden und Straßen versiegelt, heizt sich an ihren Baumassen zu sehr auf und emittiert (neben dem CO₂) zu viel Wärme durch ihre Energie- und Verkehrssysteme. Deshalb muss die Hauptkonsequenz im Rhein-Main-Raum lauten, hier das Wachstum zu stoppen und die Belastungen zurückzufahren.

Das geht nur durch Verzicht – Verzicht vor allem auf die Expansion von Gewerbeflächen, die eine weitere Expansion der Verkehre, der Emissionen und der Wohnungsnachfrage nach sich ziehen.

In dieser Hinsicht kennt die Darmstädter Stadtentwicklung keine Skrupel und Grenzen. Ein besonders gewichtiges Negativbeispiel sind die Konversionsgebiete zwischen Rheinstraße und Eschollbrücker Straße (vgl. nachfolgende Abbildung) mit vergleichsweise hochwertigen, locker gestellten und dicht durchgrüntem ehe-

⁹ Die Grafik ist z.B. verfügbar im Waldzustandsbericht 2020 für Hessen, S. 22, Download unter www.hessen-forst.de/

maligen Kasernengebäuden. Es hätte nahe gelegen, sie in Wohngebiete umzuwandeln und damit ohne zusätzliche Flächenversiegelung sehr viel zur Entspannung des Wohnungsmarktes zu tun. Doch nun werden diese Flächen als Gewerbegebiet umgenutzt und generieren über die dort neu angesiedelten Betriebe eine weitere Überhitzung der Wohnungsnachfrage.

Anfangs hatte man noch eine systematische Rahmenplanung für das Konversionsgebiet angeschoben. Die wurde aber alsbald über Bord geworfen, als die Firma Döhler – wohl ein guter Gewerbesteuerzahler – ihre Flächenansprüche anmeldete. Die zielten ins Zentrum des Gebiets, wo eigentlich – in Verlängerung der Telekom-Allee nach Süden – eine zentrale öffentliche Erschließungsachse angesagt gewesen wäre. Flugs wurden Döhler die Fabrikpläne nach § 34 BauGB („es füge sich ein“) genehmigt. Döhler vergrößerte damit ohne jeden Bebauungsplan sein Firmengelände auf das dreifache und holte seine Logistik mit all dem damit verbundenen Verkehr von Gernsheim als Hochregallager mitten in das Weststadtquartier. Damit war auch eine zentrale Straßenbahnerschließung des Stadtteils vom Hauptbahnhof über die Telekom-Allee bis zur Heimstättensiedlung verbaut.

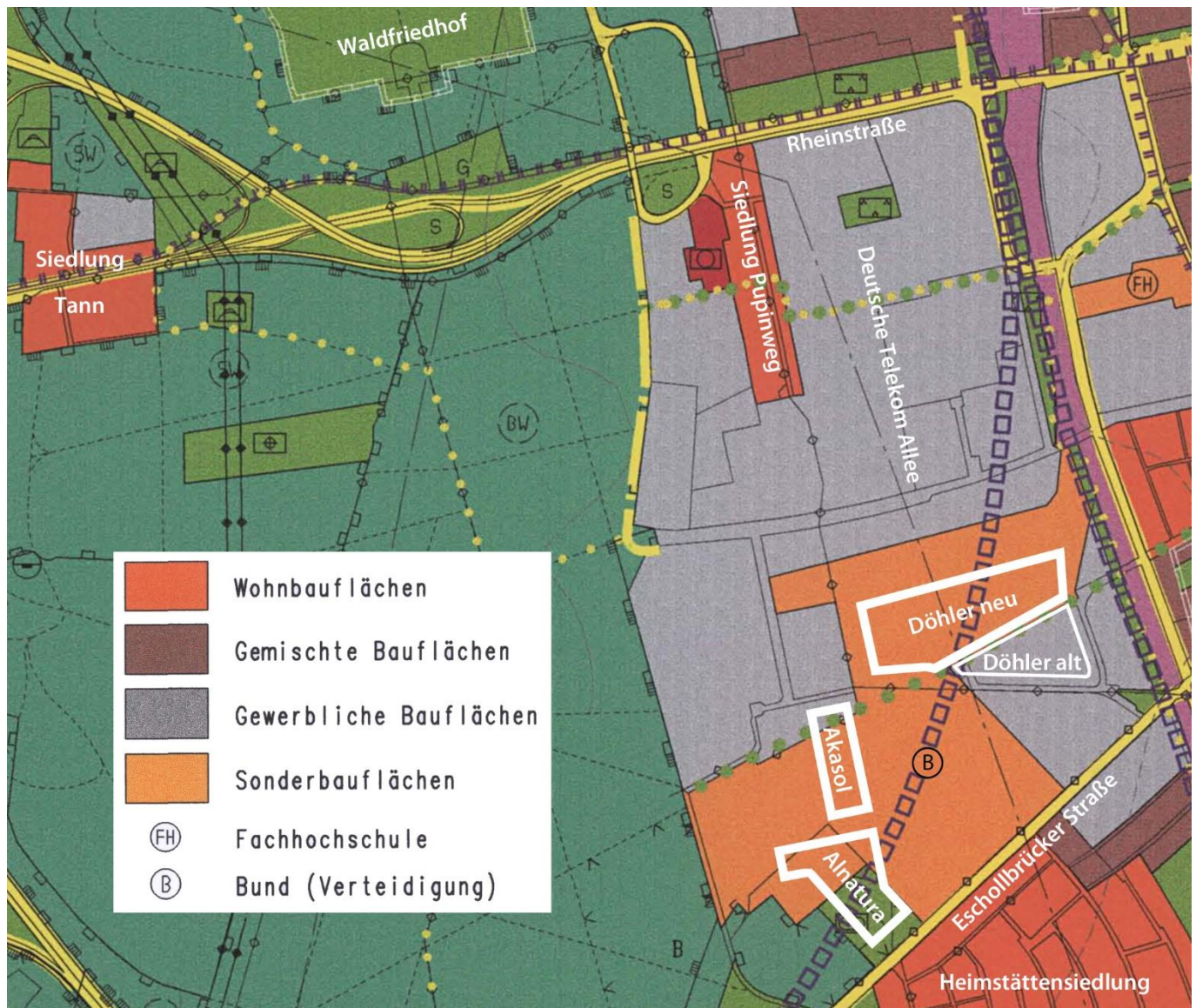


Abb. 13: Ausschnitt aus dem Darmstädter Flächennutzungsplan von 2006 mit Westwald links und dem Weststadt-Gewerbegebiet südlich der Rheinstraße rechts, das früher zur Eschollbrücker Straße hin in Militärgelände der US-Streitkräfte überging (Nathan Hale Depot und Kelley Baracks, orange im Plan und dort als „Sonderbauflächen Bund (Verteidigung)“ ausgewiesen). Die gesamte ehemalige Militärfäche wandelt die Stadt gerade in ein Gewerbegebiet um.

Nach der mächtigen Döhler-Expansion betraf die erste Neuansiedlung den Biokost-Händler Alnatura. Er wurde nach Darmstadt an die Eschollbrücker Straße geholt und zum Teil auf ehemaligem Kasernengelände, zum

Teil aber auch auf ehemaligen Grünflächen angesiedelt. Die Firmenzentrale ist auf 500 Beschäftigte ausgelegt. Für diese Beschäftigten und die von weiteren im Umfeld geplanten Gewerbeansiedlungen soll eine neue Erschließungsstraße ab Rheinstraße durch den Westwaldrand geschlagen werden (gelb gestrichelt in der obigen Abb.). Die Belastung Darmstadts mit weiterem Berufsverkehr und die Rodung von Westwald für die Straßenerschließung liegen für das vorgeblich so ökologisch operierende Unternehmen Alnatura offenbar jenseits seines auf Produkte reduzierten Ökologieverständnisses. Sonst hätte man sich einen anderen Standort in weniger verdichtetem und belasteten Umfeld ausgesucht.

Auch der Firmenname Akasol ist klangvoll und für die Imagepflege eines symbolpolitisch agierenden Oberbürgermeisters sicherlich interessant. Das Unternehmen produziert Batteriesysteme für Schwerlastfahrzeuge wie Busse, Straßenbahnen, Minengeräte usw. und passt damit gut in die allseits propagierte Strategie zur Elektromobilität. Es gibt nur keinen Grund, warum diese Batterien im Verdichtungsraum Darmstadt produziert werden müssen.

Unmittelbare Konsequenz eines Verzichts auf Gewerbeansiedlung im Verdichtungsraum sollte die Förderung des ländlichen Raums sein, dem durch Wegzug vor allem von Jugendlichen die Verödung droht. Ein wesentliches Instrument gegen die Abwanderung ist – neben dortiger Gewerbeansiedlung – die Ansiedlung von Bildungseinrichtungen, d.h. von Angeboten der beruflichen Bildung und von Zweigstellen der Hochschulen und Universitäten.

Auch insofern läuft in Hessen fast alles falsch. Eine Auswertung der detaillierten Datenaufbereitung in [Wikipedia](#) mit seiner Liste sämtlicher Hochschulen in Hessen führt – hier hoch aggregiert und nur für die staatlichen Einrichtungen zusammengestellt – zur nebenstehenden Abbildung 14. Die roten Kreisflächen sind in ihrer Größe proportional den Studentenzahlen der jeweiligen Stadt.

Auch hier ist der Verdichtungsraum Rhein-Main klar dominant und Darmstadt ganz vorne mit dabei. Nur Frankfurt hat mehr Studenten, die aber bei der wesentlich größeren Einwohnerzahl rechnerisch nur 8 % der Einwohner ausmachen. In Darmstadt sind dies 26 %. Diese Studenten wohnen sicherlich nicht alle in Darmstadt (Daten gibt es dazu keine), belasten aber entweder den Wohnungsmarkt der Stadt oder die Verkehrssysteme und sind damit ein wesentlicher Faktor für die Überlastung des Verdichtungsraums Rhein-Main. Eine Redu-

Studenten in hessischen staatlichen Hochschulen und Universitäten

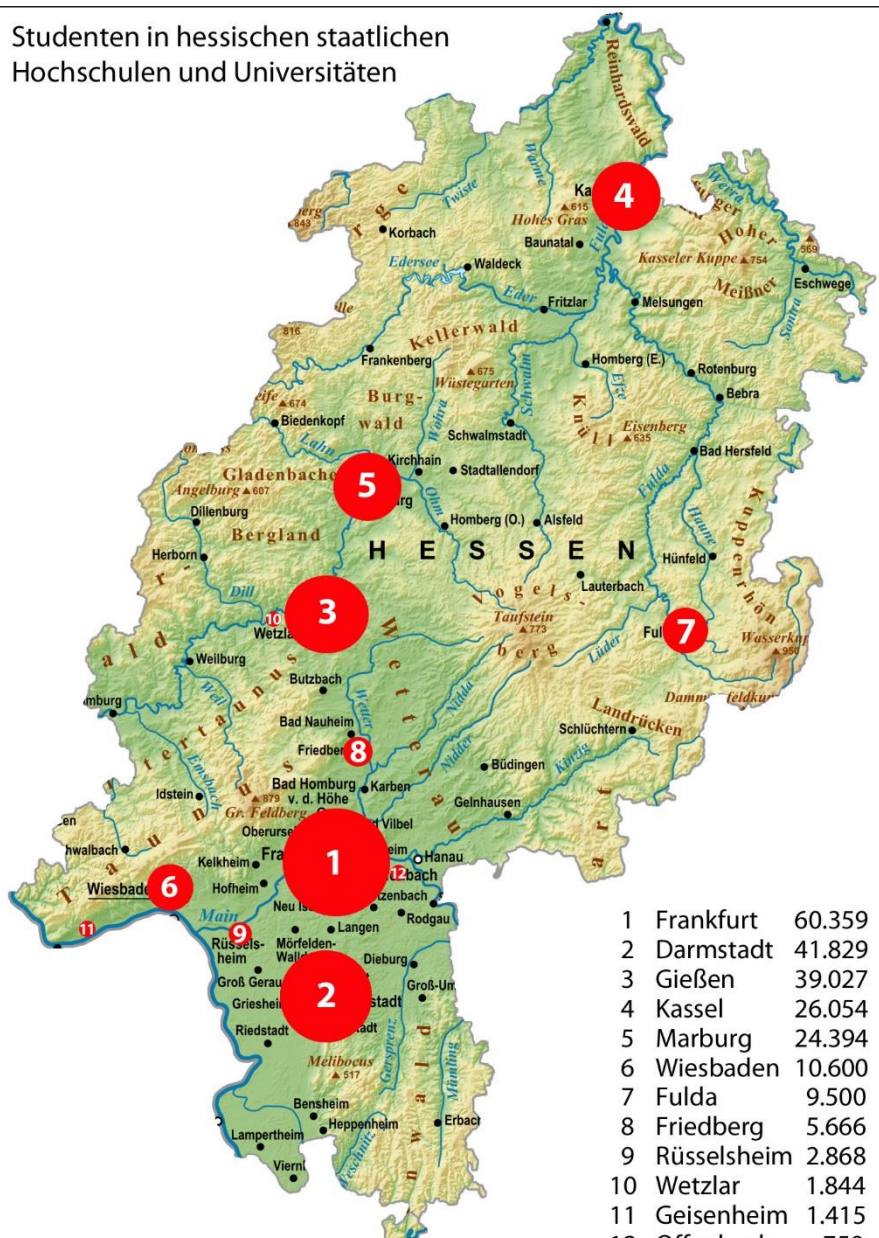


Abb. 14: Zahl der Studenten an Standorten staatlicher Hochschulen und Universitäten in Hessen, zusammengestellt aus den Angaben bei Wikipedia in den Lexikon-Artikel zu den einzelnen Hochschulen (Stand jeweils letztverfügbares Semester, meist WS 2019/2020). Die Kreisflächen sind proportional zur Anzahl der Studenten.

zierung der Studentenzahlen in Darmstadt ist also im Sinne einer wachstumsbeschränkenden Entlastungsstrategie für den überlasteten Raum Rhein-Main. Konkret wird z.B. von dem insofern sehr aufgeschlossenen Landrat des Odenwaldkreises, Frank Matiaske (SPD), ein Hochschul-Zweigstandort für den Odenwald (Erbach-Michelstadt) gefordert. Noch wichtiger wären allerdings Hochschulstandorte in der Schrumpfungsregion Nordhessen (vgl. obige Abb. 11, deren blau-rot-Flächenskala auffällig mit den Konzentrationen der Studentenzahlen korreliert).

Eine solche Entscheidung zur Dezentralisierung der Bildungseinrichtungen in den ländlichen Raum widerspricht einem tragenden Prinzip der Raumordnung, dem Konzept der „Zentralen Orte“, das seit 1933 Grundlage der Raumplanung in Deutschland ist. Danach wird in den als Gesetz beschlossenen Landesentwicklungsplänen eine Hierarchie von Orten festgelegt. In Hessen sind das die Oberzentren, in denen die wichtigsten Funktionen wie Justiz, Krankenhäuser, Theater oder Universitäten konzentriert werden. Ferner gibt es Mittelzentren, die z.B. noch eine weiterführende Schule abbekommen. Darunter herrscht in den hessischen Plänen Leere, die heute mit der Entvölkerung des ländlichen Raums korrespondiert. Deshalb gerät das Konzept der „Zentralen Orte“ grundsätzlich in die Kritik¹⁰.

Der Freistaat Bayern geht seine Landesentwicklungsplanung etwas anders an (vgl. nachstehende Abb. 15):

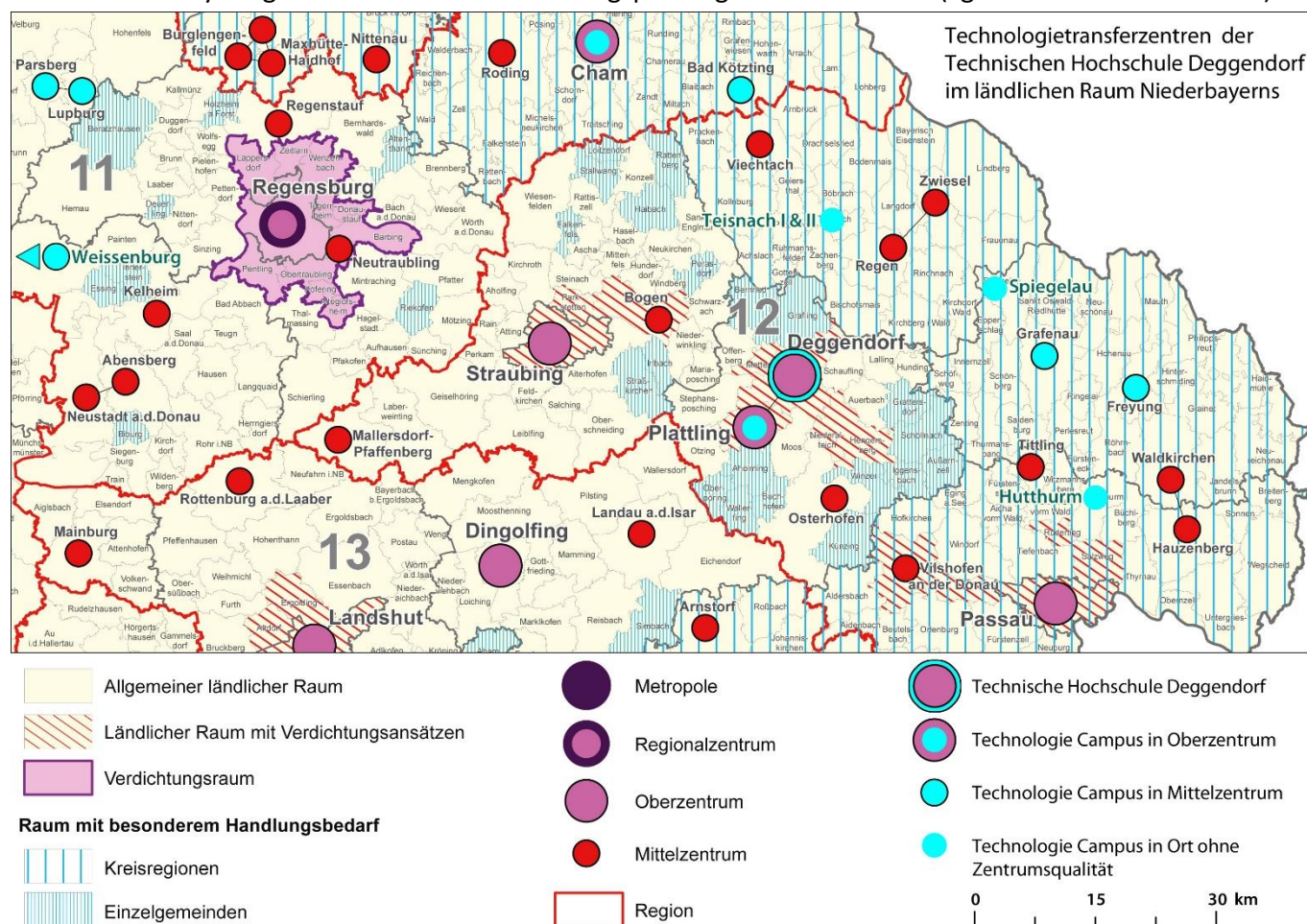


Abb. 15: Ausschnitt aus der Strukturkarte zum Landesentwicklungsprogramm Bayern 2018 mit Blick auf die besonders förderungsbedürftige und deshalb weiträumig vertikal blau schraffierte Region 12 („Donau-Wald“ = Bayerischer Wald). Die Einträge der dritten Legendenspalte wurden von mir ergänzt.

¹⁰ Kritik am Zentrale-Orte-System wurde u.a. von Tine Köhler, Professorin für Landmanagement an der Hochschule Frankfurt, in einer HR-Sendung von Jens Borchers formuliert, die insgesamt ungemein hörensenswert ist: <https://www.hr-inforadio.de/podcast/wissen/land-in-sicht-warum-ballungsraeume-und-laendliche-regionen-zusammenarbeiten-muessen,podcast-episode-78352.html>.

Die Planung unterscheidet vier Hierarchieebenen (nicht nur die hessischen zwei). Als „Metropolen“ gelten München und Augsburg sowie die vier in einem Verdichtungsraum vereinigten, eng beieinander liegenden Städte Erlangen, Fürth, Nürnberg und Schwabach. Regionalzentren sind dann nur noch Würzburg, Ingolstadt und Regensburg. Darunter gibt es eine breite Basis von sehr vielen dicht über das Land gestreuten Ober- und Mittelzentren. Eine Besonderheit der bayerischen Landesplanung ist ferner die Ausweisung von „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“, der sich durchgängig im ländlichen Raum findet. In Hessen ist diese Perspektive bislang nicht verankert.

In diesem Kontext ist nun ein beispielhaftes Projekt vorzustellen, mit dem die Technische Hochschule Deggendorf systematisch den ländlichen Raum fördert. Sie hat inzwischen elf Technologietransferzentren („Technologie Campus“, TC) als Zweigstellen der Hochschule eingerichtet¹¹, die allesamt im ländlichen Raum mit besonderem Handlungsbedarf (vertikale blaue Schraffuren in Abb. 15) weiträumig um Deggendorf herum angesiedelt sind. Die großräumige Streuung der Standorte unterstreicht eindrucksvoll, dass Wissenschaft heute nicht mehr physisch auf Metropolen konzentriert werden muss. Nur zwei der TCs wurden Oberzentren zugeordnet (Cham, Plattling), fünf finden sich in Mittelzentren und vier wurden sogar in Orten entwickelt, die gar keiner Zentrale-Orte-Kategorie angehören – in Abb. 15 sind sie alle türkis markiert.

So hat z.B. der kleine Ort Spiegelau im Bayerischen Wald (einer der Orte ohne raumplanerische Zentrumsqualität) eine große Tradition als eins der vielen ehemaligen Glasmanufakturzentren im Bayerischen Wald. Noch immer ist dort eine Glashütte tätig¹². Mit dem dortigen Technologie Campus der Technischen Hochschule Deggendorf für Glastechnologie wurde ein passender Motor für die zukünftige Entwicklung dieses Gewerbes etabliert. Für die anderen TC-Standorte gilt ähnliches.

Als HR-Autor Jens Borchers (vgl. Fußnote 10) dem Hessischen Superminister al Wazir vorhielt, dass seine Politik zur Versorgung des ländlichen Raums mit Bildungseinrichtungen mangelhaft sei, wusste al Wazir dem nur den Fall Wetzlar entgegenzuhalten. Dort habe man ja einen Ableger der Technischen Hochschule Mittelhessen eingerichtet. Dessen Relevanz wird sichtbar, wenn man sich in Abb. 14 auf die Suche nach diesem Standort begibt. Die dort inzwischen angemeldeten 1.844 Studenten entsprechen gerade einmal 3 % der Bevölkerung – gegenüber 26 % rechnerischem Studentenanteil an der Bevölkerung von Darmstadt.

Dabei hätte al Wazir auch auf den Außenstandort der Uni Kassel in Witzenhausen, im hintersten ländlichen Raum Nordhessens, verweisen können (Abb. 16). Doch den dortigen Fachbereich „Ökologische Agrarwissenschaften“ hat der auf Wachstum im Verdichtungsraum fixierte „grüne“ Minister offenbar nicht im Blick.

Der Kreativität bei der Entwicklung von Projekten zur Förderung des schrumpfenden ländlichen Raums sind keine Grenzen gesetzt. Eine recht einfache Maßnahme könnte darin bestehen, die 2,2 Milliarden Euro, die al Wazir zur Finanzierung

des Wohnungsbaus im „Großen Frankfurter Bogen“ aufwenden will, in den ländlichen Raum umzulenken. Dort gibt es viele leerstehende Wohngebäude, oft mit denkmalgeschützter Qualität, die von den Orten aufgekauft und saniert werden könnten, um sie dann einer modernisierten Nutzung zuzuführen – wenn man ihnen nur das nötige, aber offenbar im Verdichtungsraum reichlich verfügbare Geld zuwenden würde.

IGAB-Projektgruppe AKW (Arheilgen-Kranichstein-Wixhausen)

Michael Siebert, Textversion vom 15.12.2020



Abb. 16: Szene vor dem Prallhang der Werra aus dem Image-Film von Studenten des Studienstandorts in Witzenhausen.

¹¹ Auflistung der TCs bei [Wikipedia](https://de.wikipedia.org/wiki/Technische_Hochschule_Deggendorf).

¹² vgl. zur Geschichte dieser Glashütte [Wikipedia](https://de.wikipedia.org/wiki/Glashütte_Spiegelau)